

Die Getreideverteilung.

Der Reichstagsausschuß für den Reichshaushalt kam heute bei der Beratung über die Volksernährung zur Organisation der Getreideverteilung. Ein fortschrittlicher Abgeordneter führte aus, daß die Statistik nicht zuverlässig sei. Schon im Frieden seien die Landwirte vorsichtig und geneigt, nicht zu viel anzugeben. Jetzt komme noch die Besorgnis hinzu, daß man von zu hohen Angaben spätere Weiterungen befürchte. Ein Erlaß des lippischen Ministeriums zeige, daß hier unerträgliche Zustände beständen. Wenn es nicht anders gehe, müsse der Reichsgetreidestelle die Verwaltung derjenigen Kreise übertragen werden, in denen schuldhaftige Hinterziehungen stattfänden. Die Mischung von Weizen mit Roggen erscheine nicht mehr nötig. Die Spannung zwischen Korn- und Mehlpreisen sei gerechtfertigt.

Ein sozialdemokratischer Redner, der dem Müllereigewerbe nahesteht, beschwerte sich über das zu teure Arbeiten der Reichsgetreidestelle. Die Spannung zwischen Korn- und Mehlpreisen sei viel zu hoch und gehe erheblich über das durch den Krieg Verursachte hinaus. Eine ganze Reihe von Gebühren könnten erspart, das Verfahren auch durch eine geringere Zentralisation verbilligt werden; diese sei im zweiten Kriegsjahre nicht mehr nötig. Es müsse nicht sein, daß die Reichsgetreidestelle ungeheure Vorräte laufe und vermahle, dies könnten die Kommunalverbände besorgen. Die Reports seien überflüssig, ebenso die eigenen Kommissionäre der Reichsgetreidestelle, die auch nicht mehr von den Landwirten herausholen könnten, als diese herzugeben gesetzlich verpflichtet seien. Wolle man den Handel beschäftigen, so brauche er doch nicht doppelt so viel zu verdienen als im Frieden. Während im Frieden die Landwirte in eigenen Säcken an die Speicher liefern, seien jetzt die Sackleihgebühren viel zu hoch. Der Redner fragt, wem die Differenz zwischen dem gezahlten Preis und dem Höchstpreis zugute käme. Die Reichsgetreidestelle müsse den Muehlfabriken das Mehl so hoch berechnen, um durchzulommen, infolgedessen seien die Teigwaren, die ein Volksnahrungsmittel darstellen, unnötig verteuert. Wenn die Ueberschüsse der Reichsgetreidestelle auch der Wohltätigkeit zugute kämen, so seien sie trotzdem nicht gerechtfertigt. Wenn die Preisbildung nicht von den Kommunalverbänden oder der Reichsgetreidestelle ausgehe, so müßten wucherische Fremdkörper zwischen den Organisationen stehen. Auf keinen Fall dürften den Unbemittelten unentbehrliche Lebensmittel verteuert werden, um so Kriegslasten zu erleichtern. Der Redner besprach dann die schwierige Lage der Mühlen.

Ein Nationalliberaler ersuchte um eine Statistik über die Beschäftigung der einzelnen Mühlenkategorien. — Ein Fortschrittler-Abgeordneter führte aus, es müsse vermieden werden, Korn, Mehl und Getreide unnütz hin und her zu fahren. Die Vorschrift, daß die Mühlen die Hälfte ihres Jahresquantums auf Lager halten müßten, sei unzumutbar, weil die Haltbarkeit gefährdet werden könnte. Die Mühlenbesitzer könnten unmöglich das Risiko für die Haltbarkeit übernehmen.

Der Unterstaatssekretär und Präsident der Reichsgetreidestelle erklärte die Brottration im allgemeinen für ausreichend, den Schwerarbeitenden werden in einzelnen Orten durch weiße Verteilung eine erhöhte Ration gewährt. Allgemeine Erhöhung scheine noch nicht empfehlenswert, da man vorher die Größe der Vorräte übersehen müsse. Es sollen hier und da militärische Dreschkolonnen in Tätigkeit treten, um auf Grund dieser wirklichen Stichproben sichere Rückschlüsse zu ziehen. Rechtfertigen die Ergebnisse eine Erhöhung, so werde sie stattfinden. Zusammenfassung der Selbstversorgung in große Verbände würde keine Verbilligung bedeuten. In Bayern seien die Unkosten größer als im übrigen Deutschland. Eine einheitliche Zentrale sei unentbehrlich, weil von Ost nach West große Mengen Getreide verschoben werden müssen. Die Gründe für die Festsetzung der Kommissionsgebühr von 6 M. für die Gemeindeverbände bestehen noch heute. Die Reports seien nicht zu entbehren, sie ermöglichten Verteilung der Zufuhr über das ganze Jahr. Billigere Mehllieferung an die Nahrungsmittelfabriken sei unmöglich, da man

sonst nicht auf die Kosten käme; anderenfalls müßte eine Art Mehsteuer eingeführt werden, die die Unbemittelten am schwersten treffen würde. Die Preise seien nach der Bedeutung der einzelnen Fabrikate für die Volkswirtschaft bemessen. Diese Regelung führe dazu, daß die Nahrungsmittel der Bessergestellten verhältnismäßig teurer sei als die der Unbemittelten. Die Preise in den Ueberschußkreisen müßten niedriger sein als in den Zuschußkreisen wegen der Verschiedenheit der Unkosten. So wie bisher wird auch weiterhin der

Mehlp reis herabgesetzt

werden, sobald es möglich ist. Die Freigabe von Getreide zum Schrotten erfolgte, um die Fetterzeugung zu fördern. Der Mahllohn würde geringer sein, wenn wir nur diejenigen Mühlen beschäftigen würden, die wir unbedingt brauchen; durch die Berücksichtigung einer größeren Anzahl Mühlen ist der Mahllohn von 10 auf 15 M. pro Tonne gestiegen. Die Nacht- und Sonntagsarbeit kann aus Rücksicht auf die Meeresversorgung nicht ganz beseitigt werden.

Ein Mitglied der Wirtschaftlichen Vereinigung trat dafür ein, die Brottration derjenigen zu erhöhen, die den ganzen Tag über vom Hause abwesend sind. Ein bayerischer Konservativer legte die Schwierigkeiten der Ernteschätzung dar und bemängelte die gleichzeitige Verschrotung von Brotgetreide und Einziehung des Hintertorns. Verbilligung der Futtermittel fördere die Viehproduktion.

Darauf trat die Mittagspause ein.